

BUNDESTAGSWAHL



2017

36

Bundestagswahl 2017

Positionen der Parteien zu den Forderungen der planenden Berufe

Die Wahlen zum Deutschen Bundestag Ende September werfen ihre Schatten voraus. Wie berichtet, konnten sich zur Bündelung der Kräfte und zur Erhöhung der Schlagkraft dieses Mal die 16 Verbände und Organisationen der planenden Berufe in Deutschland, die Mitglieder des sogenannten „Verbändegesprächs“, einer informellen Plattform für den gemeinsamen Austausch über aktuell relevante Themen, auf gemeinsame Wahlprüfsteine verständigen.

| **Martin Falenski**

Die Verbände und Kammern der planenden Berufe legten im Frühjahr 2017 den zur Wahl des 19. Bundestags stehenden Parteien CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke und AfD gemeinsame Fragen zu zwölf Themenbereichen vor. Die Bandbreite der relevanten Aspekte war dabei überaus groß und reichte von der Forderung eines eigenständigen Bauressorts über die Digitalisierung des Planungswesens bis hin zur Stärkung der Freiberuflichkeit. An der Formulierung der einzelnen Punkte hat die Bundesingenieur-

kammer im Redaktionsteam federführend mitgewirkt. Die Antworten der Parteien liegen nun vor, können aber an dieser Stelle aufgrund ihres Umfangs nur auszugsweise wiedergegeben werden. Die vollständigen Antworten hat die Bundesingenieurkammer auf ihrer Webseite www.bingk.de veröffentlicht.

Ein eigenständiges Bauressort

Die in der letzten Legislaturperiode vorgenommene Verteilung der Aufgaben für das Planen

und Bauen hat sich aus unserer Sicht im Hinblick auf eine kohärente Bau- und Infrastrukturpolitik nicht bewährt. Insbesondere mit Blick auf die anstehenden Herausforderungen ist die Bündelung der Kompetenzen in einem einheitlichen und starken Ministerium für Bauen, Stadtentwicklung und Infrastruktur unerlässlich.

› Auf die Frage nach der Haltung der Parteien im Hinblick auf die Zusammenführung der Kompetenzen in ein eigenständiges Ressort für den Hoch- und den Tiefbau verweist die Fraktion der CDU/CSU darauf, dass über die Zuschnitte der Ministerien erst in den Koalitionsverhandlungen entschieden werde. Die SPD nimmt dagegen Bezug auf „ihre Erfolge bei der Wohnungsmarkt- und der Mietrechtspolitik“ und sichert zu, sich für die Bewältigung dieser Herausforderungen auch künftig für „optimale Ressortzuschnitte“ einsetzen zu wollen. Und während auch Bündnis 90/Die Grünen auf die Koalitionsverhandlungen verweist – immerhin unter Beachtung der „guten Argumente“ der Planer – bekundet die FDP die Absicht, diese von den Planern geforderte Kompetenz-

bündelung vorzunehmen. Die Linke betrachtet Wohnen und Stadtentwicklung ebenso wie die Bereitstellung einer „angemessenen Infrastruktur für den öffentlichen Nahverkehr“ und der Energieversorgung als Teil einer „sozialen Infrastruktur“ und damit als öffentliche Aufgabe, die notwendigerweise ressortübergreifend sowie in Zusammenarbeit mit den Ländern und Kommunen wahrgenommen werden müsse. Die AFD stimmt dagegen zu, dass die Kompetenzen zum Thema Bau in einem Bundesministerium zusammengeführt werden sollten. Ob hierfür aber ein eigenes Ministerium nötig sei, sei noch zu prüfen.

Stärkung der Infrastruktur

Im Bereich der öffentlichen Infrastruktur besteht ein erheblicher Ausbau- und Sanierungsstau. Die Mittel aus dem aktuellen Investitionshochlauf der Bundesregierung müssen verstetigt werden, um auch langfristig eine funktionierende Infrastruktur zu gewährleisten. Auch ist die Förderung der ländlichen Räume angesichts des hohen Siedlungsdrucks auf die Städte auszubauen. Wichtig in diesem Zusammenhang ist dabei vor allem die Förderung nachhaltiger Mobilität.

➤ Alle befragten Parteien sprechen sich für einen massiven Ausbau der Städtebauförderung und deutlich mehr Investitionen in die Infrastruktur aus – und zwar sowohl in Straße, Schiene wie auch Netze. Die AfD möchte dies mit der Streichung von „Subventionen im Wohnungsbau“ gegenfinanzieren, während die übrigen Parteien entweder neue Programme auflagen oder bereits bestehende Fördermaßnahmen deutlich ausbauen wollen. Die SPD fordert in diesem Zusammenhang eine „Investitionsverpflichtung des Staates“, die eine „Mindestdrehzahl für Investitionen“ bewirken soll. Die Linke spricht sich für ein „gesamtdesisches Förderprogramm zur Entwicklung strukturschwacher Regionen“ aus, während Bündnis 90/Die Grünen insbesondere ein „Zukunftsprogramm Nahverkehr“ favorisiert. CDU/CSU verweisen auf die in dieser Legislaturperiode bereits vorgenommene Erhöhung der Finanzausstattung für die Verkehrswege. Erhalt und Ausbau der Bundesfernstraßen sollen in der kommenden Wahlperiode einen besonderen Schwerpunkt bilden. Finanziert werden könne dies zum Beispiel auch durch mehr Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP). Nach Ansicht der FDP sollte der Bund zwei Milliarden Euro in einen Fonds zur Sanierung der Verkehrsinfrastruktur einzahlen, da Kommunen und Länder allein den Sanierungsstau bei ihren Verkehrswegen nicht beheben können.

Digitalisierung des Planungswesens mit Augenmaß

Die zunehmende Digitalisierung hat Auswirkungen auf alle Bereiche der heutigen Berufs- und Tätigkeitsbilder. Die damit verbundenen Herausforderungen gilt es für die mehrheitlich in kleinen und mittelgroßen Bürostrukturen organisierten Planer bestmöglich zu begleiten. So darf beispielsweise durch die Methode Building Information Modeling keinesfalls eine Aufhebung der Maxime der Trennung von Planung und Ausführung durch die Hintertür erfolgen.

➤ Alle Parteien unterstreichen grundsätzlich in ihren Antworten die Wichtigkeit der Digitalisierung. Die Digitalisierung des Planens und Bauens ermögliche dabei eine bessere Vernetzung und stelle sicher, dass alle an einem Projekt Beteiligten auf die erforderlichen Informationen zugreifen könnten. Insofern könnten Zeitpläne und Kosten besser kontrolliert und Risiken früher erkannt werden. Die Linke spricht sich dabei explizit für einen Schutz kleiner und mittelständischer Strukturen aus. Weil der Mittelstand viel mehr als die Großunternehmen für Beschäftigung und Ausbildung Sorge, „sollen kleine und mittlere Unternehmen in der politischen Positionsfindung eine deutlich größere Rolle spielen“. Sie verlangt daher effektivere und verlässliche Finanzierungsprogramme für den Mittelstand und den wirksamen Schutz vor der Marktmacht großer Unternehmen. Auch Bündnis 90/Die Grünen sowie die FDP bekennen sich zur Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen. Die FDP möchte dies insbesondere durch die Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionsgüter erreichen. SPD und CDU/CSU stellen vor allem die Chancen der Digitalisierung für alle Beteiligten in den Vordergrund und verweisen auf bereits laufende Pilotprojekte. Beide Parteien sprechen sich in diesem Zusammenhang für einen Ausbau der diesbezüglichen Aktivitäten aus und wollen damit eine „neue Kultur des Vertrauens beim Bau“ erreichen. Die AfD spricht der Branche ihr Vertrauen aus; der Ausbau des Planungs- und Bauwesens sei „keine staatliche Aufgabe“, vielmehr sei die Branche selbst verantwortlich.

Qualitätsorientierte Gestaltung der Vergabe öffentlicher Aufträge

Die Vergabe von Planungsleistungen allein nach dem Preis ist verfehlt. Wer beim Planen spart, zahlt später beim Bau und Betrieb des Gebäudes erheblich mehr. Nur eine von der Bauausführung unabhängige Planung ermöglicht dabei die für



VIELSEITIGE ELEKTRONISCHE ZUTRITTLÖSUNGEN

FLEXIBEL KOMFORTABEL ZUVERLÄSSIG

- für Außentüren, Büros, Besprechungs- und Technikräume, automatische Türsysteme, Tore, Briefkastenanlagen, Aufzüge, Spinde, Parkflächen u. v. m.
- maßgeschneiderte Systemarchitektur: online, offline, funkvernetzt und mobil
- Systemplattform mit Türbeschlägen und -zylindern, Wandlesern, Spindschlössern, Software u. v. m.
- weltweit an über 3 Millionen Türen im Einsatz; davon ca. 750.000 in Deutschland, Österreich und der Schweiz

Für weitere Informationen senden wir Ihnen gerne unsere Planermappe kostenfrei zu. – Bitte anfordern per E-Mail: planung@saltosystems.com, Betreff: SALTO Planermappe.

den Bauherrn notwendige Qualitätssicherung in wirtschaftlicher, funktionaler und gestalterischer Hinsicht. Eine Stärkung des Planungswettbewerbs wird ausdrücklich begrüßt. Nun ist es jedoch Aufgabe der öffentlichen Auftraggeber, den Planungswettbewerb über alle Planungsdisziplinen hinweg als Regelverfahren zu etablieren. Die Bauherrenkompetenz der öffentlichen Hand ist dabei zu stärken.

➤ Die Parteien unterstreichen zum großen Teil die Bedeutung von Planungswettbewerben als die „richtige Vorgehensweise, um den Anforderungen und Wünschen der Bürgerinnen und Bürger, der Verwaltungen und der Wirtschaft gerecht zu werden“. Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke befürworten dabei eine Ausweitung dieser Vergabeform. Auch die FDP spricht sich für den Planungswettbewerb als ein „bewährtes, gut strukturiertes und nachvollziehbares Verfahren zur Förderung innovativer Ideen und als Botschafter der Baukultur“ aus. Dabei müssten jedoch die Vergabestellen für „die Problematik von überzogenen, unangemessenen und unerheblichen Nachweisen sensibilisiert“ werden. In diesem Zusammenhang trifft Die Linke die Aussage, dass nicht die billigsten Anbieter, bei denen die Nachtragsplanungen schon in der Schublade liegen, zu beauftragt sind, sondern „die besten Planerinnen und Planer“. Bündnis 90/Die Grünen plant beim öffentlichen Hochbau und für Musterplanungen stärker von Planungswettbewerben Gebrauch zu machen und es dabei zu ermöglichen, dass „sich auch junge und kleine Planungsbüros beteiligen“.

SPD und CDU/CSU sind insgesamt eher zurückhaltend bei der Frage, ob perspektivisch mehr Planungswettbewerbe durchgeführt werden sollten. Vielmehr äußert die SPD Bedenken, dass eine noch stärkere Verbindlichkeit von Planungswettbewerben „dem in der EU-Richtlinie verankerten Grundsatz der Freiwilligkeit entgegenstehen“ und außerdem der Vielfalt der Planungsleistungen nicht gerecht werden würde, bei denen keineswegs immer ein Planungswettbewerb geboten sei. CDU/CSU möchten sich auch in Zukunft dafür einsetzen, „eine Reihe von Leistungen in hoheitlich vertretbarem Ausmaß extern zu vergeben“. Wenn es die Art der Aufgabe erlaube, sollten „auch Ingenieure oder Architekten die Möglichkeit haben, sich an diesen Vergaben zu beteiligen“.

Im Hinblick auf die Stärkung der Bauherrenkompetenz der öffentlichen Hand positioniert sich gleichfalls insbesondere Die Linke

deutlich, indem sie einen erheblichen Nachholbedarf konstatiert. Auch spricht sie sich für einen angemessenen hohen Personalbestand sowie klare Verantwortlichkeiten in den Planungs- und Bauämtern aus, damit „öffentliche Bauherren- und Vergabeleistungen effizient und zielgerichtet erbracht werden können“. Die FDP plant, die Planungs- und Überwachungskompetenzen des Bundes als Auftraggeber durch Neueinstellungen von Planern und Ingenieuren gezielt zu erweitern. Die SPD weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die personelle Ausstattung von jeweils zuständigen Ämtern auf Landes- und Kommunalebene von der Bundesebene her nicht seriös zugesagt werden könne, da diese in der Verantwortung der Länder liege. Diese hätten aber durch vielfältige Entlastungen und die für die Länder finanziell vorteilhafte Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen im Grundsatz den finanziellen Spielraum erhalten, entsprechende Einstellungen vorzunehmen. Die AfD sieht dagegen keine Notwendigkeit der Stärkung der Bauherrenkompetenz öffentlicher Bauherren.

Stärkung der Freiberuflichkeit

Ingenieure tragen hohe gesellschaftliche Verantwortung. Als Freiberufler sind sie nicht nur als Treuhänder ihren Auftraggebern verpflichtet, sondern in besonderer Weise auch dem Gemeinwohl. Ein starker Mittelstand und eine ausgeprägte Freiberuflichkeit bilden das Rückgrat unseres Standorts.

Das bewährte System der beruflichen Selbstverwaltung muss geschützt werden. Dazu gehört auch eine Honorarordnung, die für Planungsleistungen einen Honorarrahmen verbindlich vorschreibt. Diese Honorarordnung gilt es zu erhalten und systematisch weiterzuentwickeln – insbesondere im Hinblick auf die Rückführung der ausgegliederten Leistungen in den verbindlichen Teil. Bei der Umsetzung europäischen Rechts ist das hohe Niveau deutscher Planungsleistungen insbesondere in den Bereichen Berufsankennung, Dienstleistungsfreiheit und Vergabe zu sichern.

➤ Alle Parteien unterstreichen die Wichtigkeit der freien Berufe für Deutschland, wobei sich die AfD unter Bezugnahme auf ihr Vorwort lediglich zur „Förderung des Allgemeinwohls“ bekennt. Die SPD betont in diesem Kontext, sie habe in der vergangenen Legislaturperiode die Stellung der freien Berufe und hier insbesondere auch die der Architekten und Ingenieure gestärkt. Dies reiche von der Verteidigung der HOAI über Stellungnah-



MARTIN FALENSKI

➤ RA; Hauptgeschäftsführer der Bundesingenieurkammer

men zu Gesetzgebungsvorhaben der europäischen Ebene, welche Einschränkungen der Berufsregulierung in Deutschland zur Folge hätten haben können, bis hin zu einem vielfältig geäußerten Bekenntnis zu den hergebrachten Regeln des Handwerks und der freien Berufe. Auch die FDP möchte die Stellung der freien Berufe stärken, indem sie „die hohen Standards für freie Berufe“ auch gegenüber der EU-Kommission verteidigen will. Sie spricht sich dabei explizit für „die Beibehaltung der freiberuflichen Selbstverwaltung und den dauerhaften Erhalt der berufsständischen Versorgungswerke und der HOAI“ aus.

In Bezug auf die HOAI äußert die CDU/CSU, dass sie keinen Änderungsbedarf sehe. Die Linke dagegen fordert die Rückführung der originären „Planungsleistungen“ in den verbindlichen Teil der HOAI, um so den „Preis- und Dumpingdruck“ zu senken. Bündnis 90/Die Grünen sichern zu, die Gebührenordnungen für Freie Berufe grundsätzlich in regelmäßigen Abständen überprüfen und an „neue Anforderungen und die tatsächliche Kostenentwicklung anpassen“ zu wollen. Die Gebührenhöhe solle „die Erbringung unabhängiger, qualitativ hochwertiger Leistungen zu bezahlbaren Preisen sichern“.

Sicherung der Ausbildung auf hohem Niveau

Die Qualifikationsanforderungen an Ingenieure sind durch Festlegung konkreter technisch-naturwissenschaftlicher Ausbildungsanforderungen, insbesondere in den ingenieurrelevanten Fächern, sicherzustellen. Den Ingenieuren ist darüber hinaus vornehmlich in sicherheits- und bauordnungsrechtlichen Bereichen der Gefahrenabwehr eine gesonderte gesetzliche Stellung einzuräumen.

Aufmacherfoto: wetzkaz/fotolia

› Die Qualifikation der Planer ist für alle Parteien ein wesentlicher Erfolgsfaktor für den Standort Deutschland. Die SPD begrüßt in diesem Zusammenhang ein hohes Ausbildungsniveau und billigt den Hochschulen hierbei eine „große Autonomie bei der Gestaltung der Lehrinhalte von Studiengängen zu“. Die FDP sieht in der Harmonisierung innerhalb der EU die Gefahr, dass in Deutschland etablierte Ausbildungsstandards unterlaufen werden könnten. Eine wechselseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen dürfe nicht dazu führen, dass „Qualitätsunterschiede in der Ausbildung ihre Bedeutung verlieren“. Bei der Ausgestaltung von Bachelor- und Masterstudiengängen in der Architektur und den Ingenieurwissenschaften müssten fachliche Anforderungen im Vordergrund stehen. Die CDU/CSU verweist auf ihren Grundsatz „Vorfahrt für Bildung“, an dem sie auch in der nächsten Legislaturperiode festhalte. Auch in Zukunft stünden sie zu den Berufsbezeichnungen der Architekten und Ingenieure. Sie seien ein „Aushängeschild für den Wirtschafts-

standort Deutschland“ und es sei gemeinsame Auffassung von CDU/CSU, dass die Titelführung „Ingenieur/Ingenieurin“ mindestens drei theoretische Studienjahre erfordere. Zudem müssen entsprechend dem KMK-Beschluss vom 10. Oktober 2003 für einen akkreditierten Bachelor-Abschluss, der zur Führung der Berufsbezeichnung „Ingenieur/Ingenieurin“ berechtigt, 180 ECTS-Punkte nachgewiesen werden. Im Übrigen sei die Festlegung der Ausbildungsinhalte Ländersache, worauf auch die SPD verweist. Die AfD hat zu diesem Themenkomplex keine klare Position. Zum Punkt Nachwuchsgewinnung spricht sich Die Linke abschließend dafür aus, dass „alle Möglichkeiten genutzt werden, bereits frühzeitig Schülerinnen und Schüler für diese (planenden) Berufe zu interessieren und zu befähigen“.

Mit den gemeinsamen Wahlprüfsteinen haben wir Frage- und Problemstellungen an die zur Wahl stehenden Parteien formuliert. Die Antworten waren aus Sicht der BINGK nicht immer zufriedenstellend.

Wir werden als Bundesingenieurkammer daher weiterhin den Dialog und den direkten Austausch mit der Politik suchen und entsprechend nachhaltig Überzeugungsarbeit leisten. ◀

Hasenbein
Software für Mengenermittlung **Plus**

Die „andere“
Mengenermittlung
Einfach genial!

- genial einfach
- hohe Sicherheit
- sehr bedienerfreundlich
- vertonte Lernvideos

Kostenlose 30-Tage Testversion!
www.hasenbein.de



Weniger
ist mehr!

Weniger Aufwand
Mehr Gestaltungsfreiheit

Planen Sie Ihre Wohnprojekte ganz einfach ohne Dachaufbau. Dank des äußerst kurzen Schachtkopfs des Schindler 3300 müssen Sie jetzt bei der Aufzugsplanung auch für niedrige Raumhöhen keine Kompromisse mehr eingehen. Mehr Spielraum für Ihre Ideen, weniger Aufwand in der Umsetzung. Sprechen Sie uns an, gerne beraten wir Sie persönlich: www.schindler.de/kontakt

www.schindler-3300.de



Schindler